



PDF-Datei

Bericht zur Gemeinderatssitzung 22.09.2026



Michael Eich



Rüdiger Klein



Christian Jovino



Martin Traub



Daniela Wünsch



CDU Fraktion im Ortsgemeinderat Berg

Die Berger CDU-Gemeinderatsfraktion informiert zur Gemeinderatssitzung vom 22.09.2026

Der Gemeinderat hat sich mit folgenden Themen befasst:



- **Antrag CDU-Fraktion: Sanierungserfordernisse der Grundschule Berg**
- **Antrag SPD Fraktion - Überprüfung kommunaler Flächen**
auf Potenziale für Agri-Photovoltaik und Begleitung der örtlichen Landwirtschaft
- **Antrag SPD-Fraktion: Neugestaltung und Digitalisierung des Internetauftritts der Ortsgemeinde Berg**
- **Antrag SPD Fraktion - Prüfungsantrag zur nachhaltigen Hitzeanpassung der Kita Bergwichtel**
- **Sanierung Mehrfamilienwohnhaus Waldstraße 1e**
- **8. Änderung Bebauungsplan Gewerbegebiet "Mühläcker" im vereinfachten Verfahren**
- **Beschaffung eines gebrauchten Fahrzeuges für den Bauhof Berg**
- Grundsatzbeschluss und Ermächtigung Ortsbürgermeisterin für Auftragsvergabe
- **Bekanntgabe von Auftragsvergaben nach Ermächtigung**
- Planungsleistungen für die Gemeinschaftshalle Berg
- **Bekanntgabe von Auftragsvergaben nach Ermächtigung**
- Reinigungsleistungen in den Gebäuden der Ortsgemeinde Berg, hier Schülerhort
- **Sonstige Themen** (Glasfaserausbau, Straßenbau Reisigstraße, Brücke Ziegeläcker (unterhalb der Hohl), Kröningsbusch, Katastrophenschutz, Termin der Grünen)

Ausführlich darüber können sich die Bürgerinnen und Bürger über die Sitzungsniederschrift informieren, sobald diese im Bürgerinformationssystem ALLRIS hinterlegt ist (www.hagenbach.sitzung-online.de).

Wir als CDU-Gemeinderatsfraktion möchten Sie über wichtige Sitzungsinhalte und Positionen der CDU-Fraktion informieren (<https://www.facebook.com/cduberg/> und unter <http://www.cduberg.de>).

Für Sie im Gemeinderat:

Michael Eich, Christian Jovino, Rüdiger Klein, Martin Traub (Fraktionssprecher) und Daniela Wünsch

Antrag CDU-Fraktion: Sanierungserfordernisse Grundschule Berg

Der Termin für die anstehende Sanierung der Grundschule Berg ist auf das Jahr 2029 datiert. Der CDU-Fraktion wurden aus der Elternschaft bauliche Mängel rückgemeldet, bei denen geprüft werden sollte, ob deren Behebung vorgezogen werden muss bzw. kann.

Fenster in oberen Stockwerken lassen sich nicht schließen, die **Toilettensituation** ist untragbar und die **Duschen funktionieren nicht** mehr richtig, nur kaltes Wasser fließt.

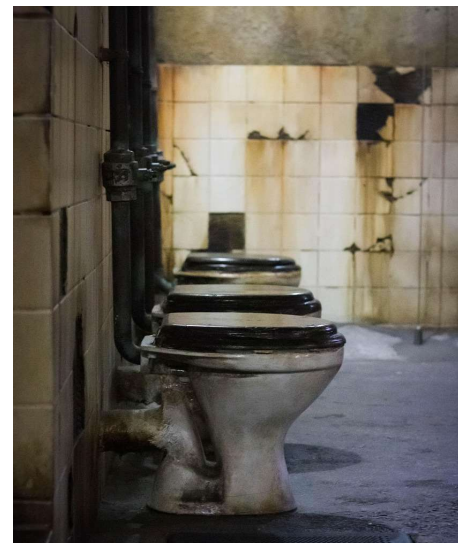
Die anderen Fraktionen unterstützen den Antrag der CDU-Fraktion inhaltlich, die SPD-Fraktion hatte allerdings Zweifel, ob das Thema von der CDU hätte im Berger Gemeinderat überhaupt hätte eingebracht werden dürfen, da sich die Grundschule in der Trägerschaft der Verbandsgemeinde befinde. Der Büroleiter der Verbandsgemeinde Hagenbach, Christian Jag, stellte allerdings klar, dass die Vorgehensweise der CDU-Fraktion zum Einen absolut rechtens und nicht zu beanstanden sei, zum Anderen auch in Anbetracht der Sachlage dies ein üblicher Weg dafür sei.

Die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde, Iris Fleisch, meldete zurück, dass die besagten Fenster fest verschlossen sind und dies regelmäßig geprüft werde, es also keine Unfallgefahr und deshalb auch kein unmittelbarer Handlungsbedarf gegeben sei. Im Zuge der Sanierung werde das Problem grundsätzlich behoben.

Zur Sanitär-Situation kam auch aus der FWG-Fraktion die Rückmeldung, dass die Kinder sich angesichts des Zustandes der Toiletten vor deren Nutzung ekelten und diese mit allen Mitteln versuchen bis nach der Schule zu vermeiden. Die Toilettensituation werde man sich noch einmal genauer anschauen, so Bürgermeisterin Iris Fleisch, durch die Neu-Beauftragung der Reinigungsleistungen erhoffe man sich auch erste Verbesserungen.

Die Reparatur der Duschen vor der Sanierung der Grundschule ließe sich je nach erforderlichen Folgeaufwänden vermutlich wirtschaftlich nicht realisieren, das könne nach der Annahme des Antrags aber noch einmal im Detail geprüft werden.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig angenommen.



Antrag SPD Fraktion: Überprüfung kommunaler Flächen auf Potenziale für Agri-Photovoltaik und Begleitung der örtlichen Landwirtschaft (1/3)

Die SPD-Fraktion verweist auf die Herausforderungen der Landwirtschaft infolge häufiger auftretender Unwetterereignissen wie Dürreperioden, Starkregen und intensive Sonneneinstrahlung.

Agri-Photovoltaik, also die Überbauung von landwirtschaftlichen Nutzflächen mit transparenten Solarmodulen, wäre eine Möglichkeit damit umzugehen. Die SPD sieht darin eine Chance für die regionale Landwirtschaft und für die Energiewende vor Ort, möchte die **Landwirte** selbst aber **erst in einem zweiten Schritt** an der Diskussion überhaupt beteiligen.



Bild KI-generiert

Die SPD verweist weiterhin auf eine solche Installation im Kreis Südliche Weinstraße. *„Als Ortsgemeinde Berg“*, so der Antrag im Wortlaut, *„können wir durch die geschickte Bereitstellung oder Überplanung von Flächen Rahmenbedingungen schaffen, die den Wandel unterstützen“*. Die Vertreterin der Grünen im Ortsgemeinderat begrüßte den Vorschlag, den hiesigen Maisanbau sieht sie wegen des Wasserverbrauchs kritisch. Angesichts niedriger Grundwasserspiegel, was auch Auswirkungen auf den Wasserstand des Rheins habe, müsse neu gedacht werden.

Die Fraktionen der FWG und CDU sehen zwar die skizzierten Herausforderungen, kritisierten aber den Ansatz und auch die Konzeptionsschwächen des SPD-Antrages. Dieser sieht vor, dass zunächst geprüft wird, welche *„gemeindeeigenen Flächen oder Pachtflächen im Gemeindegebiet Berg sich für die Errichtung von Agri-PV-Anlagen“* eignen. Erst im zweiten Schritt sollen dann die *„Landwirte als Partner“* eingebunden werden. Die eigentlichen Eigentümer hat man schlicht vergessen.

Wir meinen: Partnerschaft sollte von Anfang an **gemeinsam** starten.

Die wesentliche **Konzeptionsschwäche** des SPD-Antrags ist, dass Berg als Ortsgemeinde keine geeigneten, gemeindeeigenen Flächen besitzt, um sich überhaupt damit selbst beschäftigen zu können. Denn in Frage kommen nur Flächen ab einer Mindestgröße von einem Hektar, gängig sind sogar Größen ab 2 – 4 Hektar. Erst ab dieser Größe rechnen sich diese Anlagen wirtschaftlich aufgrund der damit einhergehenden Planungs-, Installations- und Netzanschlusskosten.

Antrag SPD Fraktion: Überprüfung kommunaler Flächen auf Potenziale für Agri-Photovoltaik und Begleitung der örtlichen Landwirtschaft (2/3)

Es kommen also im Falle Bergs nur Flächen im Privatbesitz in Frage. Geklärt werden müsste deshalb schon im Vorfeld und von Anfang an mit den Landwirten und Eigentümern, wer in eine solche Anlage überhaupt investieren und sich um die Einspeisung des erzeugten Stroms in das Stromnetz kümmern würde.

Die von der SPD genannte Agri-PV-Anlage im Kreis SÜW befindet sich auf dem Land und im Besitz eines landwirtschaftlichen Familienbetriebs, der Obst- und Gemüseanbau betreibt – eine solche Simultannutzung wird für die Anlagen auch insbesondere empfohlen. Besagte Anlage betreibt der Landwirt selbst als privater Investor, der seinen Strom in das öffentliche Netz einspeist.



Bild KI-generiert

Daraus ergibt sich für Berg, dass zunächst einmal mit den Landwirten und Eigentümern gesprochen werden müsste, ob sie über solche Flächen verfügen und ein Interesse an diesen Investitionen haben. Zu beachten ist hierbei aber auch, dass durch solche Anlagen die Art und Weise der Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen eingeschränkt wird:

Es können nicht mehr alle Produkte beliebig angebaut werden, sondern man legt sich auf gewisse Produkte und auch den dazu benötigten Gerätepark **langfristig** fest. Auch bedeutet die Nutzung der Agri-Photovoltaik ein Verlust zwischen 10 – 15% der landwirtschaftlichen Flächen, weshalb Kompensationsmaßnahmen z.B. in Form von Grünstreifen gefordert werden.

Von der Gemeinde können hier zudem keine Vorgaben an die Landwirte, die Eigentümer bzw. Verpächter solcher genutzten Flächen gemacht werden. Des Weiteren kommt hinzu, dass in Berg eine starke Zerstückelung in Einzelgrundstücke besteht und dadurch eine solche Gesamtfläche auch für die Landwirte nur sehr schwer darstellbar ist.

Hier holt uns ein historischer Fehler ein: Die Flurbereinigung in Berg seinerzeit konnte leider durch eine gezielte aber unbegründete „Enteignungspropaganda“ einzelner Ratsmitglieder und damit einer falschen Verunsicherung in der Bevölkerung nur stark eingeschränkt durchgeführt werden. Die Auswirkungen begegnen uns neben den aktuellen Problematiken bis heute auch noch an mehreren Stellen in der Gemarkung mit nachträglich deutlichen Mehraufwänden.

(Details und Vertiefung dazu gerne bei Bedarf an anderer Stelle)

Antrag SPD Fraktion: Überprüfung kommunaler Flächen auf Potenziale für Agri-Photovoltaik und Begleitung der örtlichen Landwirtschaft (3/3)

Aus diesen genannten Gründen und auch um die Verwaltung nicht mit unnötigen Arbeiten zu beschäftigen, **schlug die CDU vor**, den Punkt zu vertagen und **ZUERST** an den Landwirtschaftsausschuss zu übergeben. In diesem Ausschuss sollen alle landwirtschaftlichen Betriebe, die in der Gemarkung unseres Ortes aktiv sind, **von Anfang an** in die Diskussion einbezogen werden.



Bild KI-generiert

Erst wenn von diesen Betrieben überhaupt Möglichkeiten zur Umsetzung gesehen werden und auch Bereitschaft hierzu signalisiert wird, soll auf die Verwaltung für Prüfungs- und Unterstützungsleistungen zugegangen werden. Die Gemeindeflächen sind wie bereits beschrieben nicht ausreichend genug dimensioniert, als das es der Gemeinde selbst möglich wäre ein derartiges Vorhaben anzustreben

Die SPD-Fraktion begrüßte nun explizit diesen Vorschlag der CDU mit dem für alle überraschenden Hinweis, der Antrag sollte ja nur als Diskussionseinstieg im Rat verstanden werden.

Der Antrag wurde vom Rat einvernehmlich an den Landwirtschaftsausschuss verwiesen.

Was man dazu auch wissen sollte:

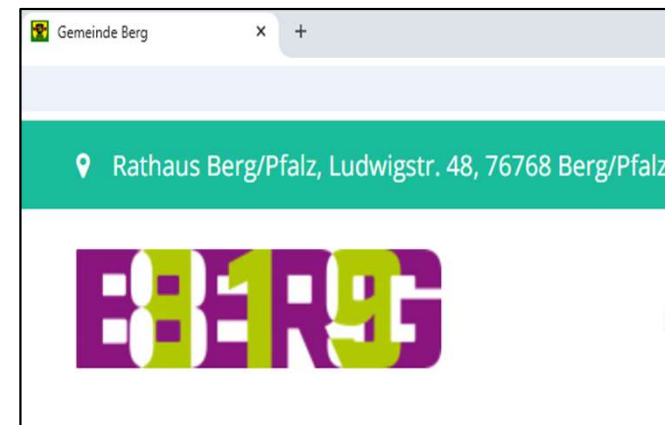
Der Einheitliche Regionalplan Rhein-Neckar des Verbandes Region Rhein-Neckar (VRRN) steuert die raumordnerische Entwicklung für erneuerbare Energien im Landkreis Germersheim, und damit auch in der Gemeinde Berg.

Die Berger Flächen sind dort z.B. nicht als Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen, d. h. der Bau von Windkraftanlagen ist nahezu ausgeschlossen.

Bei der Photovoltaik trägt zudem ein kommunales Steuerungskonzept, das bei der Verbandsgemeinde Hagenbach über die Flächennutzungsplanung verortet ist: So konzentriert die VG den Ausbau auf wenige, dafür aber großflächig verträgliche Standorte (siehe Kläranlage der VG Hagenbach).

Antrag SPD-Fraktion: Neugestaltung und Digitalisierung des Internetauftritts der Ortsgemeinde Berg (1/2)

Ungeachtet der Tatsache, dass ein Internet-Auftritt per se digitalisiert ist, fällt gerade im Vergleich mit anderen Ortsgemeinden in der Verbandsgemeinde Hagenbach auf, dass die Homepage der Ortsgemeinde Berg deutlich veraltet und schlecht gemacht ist. Dies nicht nur technisch, sondern auch inhaltlich (Letzter Eintrag unter „Aktuelles: Neue Konzeption des Kindergartens Bergwichtel vom 07.11.2025“). Darüber hinaus gibt es viele nicht professionell gestaltete Elemente und fehlerhafte Links.



Der unzureichende Internetauftritt war schon oft Gegenstand in Berger Gemeinderatssitzungen und auch mehrfach durch die **CDU-Fraktion** angemahnt sowie von Bürgern in den Einwohnerfragen angesprochen, ohne dass Zusagen hinsichtlich Aktualisierung oder Verbesserung bisher eingehalten oder nachhaltig umgesetzt wurden. Die SPD-Fraktion greift nun die langjährige berechtigte Kritik der CDU auf und übernimmt dies in einen Antrag, in dem die SPD-Fraktion „*die digitale Präsenz der Gemeinde zukunftssicher, nutzerfreundlich und effizient zu gestalten*“ versucht.

Die anderen Fraktionen begrüßten den Antrag im Sinne des Themas grundsätzlich. Die **CDU-Fraktion** verwies aber direkt darauf, dass die im Antrag angedachte „*Implementierung*“ von Formularen, Antragsstrecken oder Verwaltungsakten, die zukünftig digital angeboten werden sollen, **NICHT** auf der Orts-Homepage erscheinen sollten. Vielmehr ist es sinnvoll für diese Leistungen auf das bereits vorhandene Angebot auf den zentralen Seiten der Verbandsgemeinde zu verweisen. Eine Verlinkung zu diesen Formularen ist der bessere Weg, als die im Antrag vorgesehene „*Implementierung*“ und damit unnötige und aufwändige Pflege doppelter Inhalte.

Zur im Antrag formulierten Frage: „*Bestehen seitens der Verwaltung bereits erste Überlegungen oder Budgets für eine Aktualisierung der gemeindeeigenen Website?*“ konnte die Verwaltung nur klarstellen, dass die Internet-Auftritte aller Ortsgemeinden **schon immer** in Verantwortung der jeweiligen Gemeinde selbst liegen. Dies ist aus unserer Sicht auch bereits im Impressum erkennbar. Die Gemeinde Berg muss außerdem Bedarfe zu Betrieb und Neugestaltungen auch bei der Aufstellung des zukünftigen Haushalts vorsehen und bereithalten.

Antrag SPD-Fraktion: Neugestaltung und Digitalisierung des Internetauftritts der Ortsgemeinde Berg (2/2)

Bevor überhaupt eine Einplanung oder Beauftragung ins Auge gefasst wird, so die **CDU-Fraktion**, müsse aber erst geklärt werden, welche **Inhalte** und welche **Ziele** bzw. **Zielgruppen** die Homepage überhaupt bedienen soll.

Beispiele wären die schon lange auch **von der CDU geforderte** öffentliche Sicht der Hallenbelegung/Anbau (wie auch im Antrag vermerkt), aktuelle Themen aus dem Dorf (z.B. Straßensanierung, Glasfaser, Veranstaltungshinweise usw.) oder auch Beiträge zur Historie und grundsätzliche Inhalte. Ferner müsse klar sein, wer nach einer Erneuerung des Auftritts die technische und inhaltliche Pflege übernimmt und ob es ein Redaktionsteam gibt, wie die Vereine integriert oder verlinkt werden, etc.

Vor allem die Aktualität ist hier essentiell, insbesondere unter Berücksichtigung, dass heute selbst im Amtsblatt zu aktuellen Vorgängen keine nennenswerten Bekanntmachungen aus dem Gemeindehaus erfolgen. Dazu für die Homepage als Fraktion lediglich einen „pauschalen“ Antrag zur Neugestaltung zu stellen greift aus unserer Sicht deutlich zu kurz.

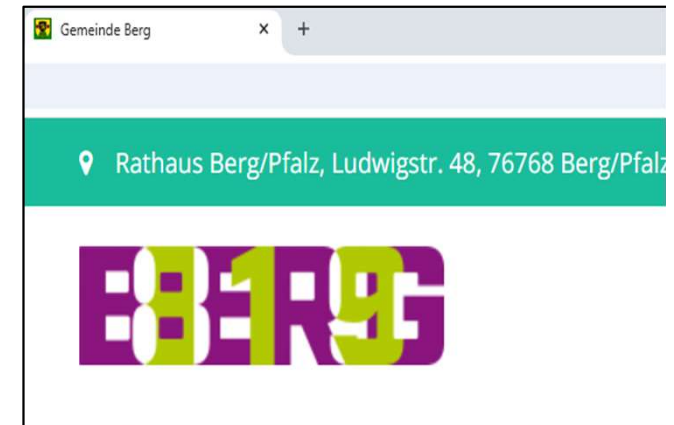
Die CDU-Fraktion schlug deshalb folgendes vor:

Die jetzige Webseite soll kurzfristig überarbeitet werden, indem verwaiste Links und das ständig aufpoppende Overlay zum Veranstaltungskalender gelöscht werden. **VOR** einer Neugestaltung der Webseite sollte sich dann aber im Vorfeld ein kleiner fraktionsübergreifender Arbeitskreis mit den angesprochenen Punkten befassen und Grundlegendes im obigen Sinne klären. Dadurch soll Klarheit bei den Zielen und Inhalten erreicht werden, was eine saubere und koordinierte Vergabe, sowie eine Realisierung anhand konkreter Vorgaben ermöglicht. Als Ergänzung wären daraus auch andere Formate und Zielgruppen (WhatsApp-Channel, Instagram,...) ableitbar. Auch das soll ein weiterer Bestandteil der Arbeitskreis-Diskussionen sein.

Aus dem "gut gemeinten" Antrag der SPD wurde von der CDU ein "gut gemachter" Beschlussvorschlag.

Diesem Vorschlag der CDU zum weiteren Vorgehen wurde einstimmig zugestimmt.

Ergänzender Hinweis und Frage unseres Mitglieds Michael Stephany während der Einwohnerfragen: Warum ist „www.berg-pfalz.de“ bei der Domain-Registrierungsbehörde DENIC noch immer auf den ehemaligen Ortsbürgermeister Günter Roitsch eingetragen? Dies muss aktualisiert werden. Idealerweise sollte die Ortsgemeinde als juristische Person des öffentlichen Rechts als Eigentümer und Betreiber eingetragen werden. Zukünftig entfallen dadurch nötige Aktualisierungen bei einem Wechsel des Ortsbürgermeisters.



Antrag SPD-Fraktion: Prüfung zur nachhaltigen Hitzeanpassung der Kindertagesstätte Bergwichtel

Die SPD-Fraktion beantragte, „*die Gemeindeverwaltung, gemeinsam mit der Leitung der Kindertagesstätte „Bergwichtel“ bauliche, technische und gestalterische Entlastungsmaßnahmen für die Hitzeperiode im Sommer zu erheben und dem Rat einen Umsetzungsplan vorzulegen*“.

Die Hitze in diesem Sommer führte dazu, dass an mehreren Tagen der KiTa-Besuch vorzeitig beendet werden musste. Darüber hinaus greift ein UV-Index mit strengen, indexbasierten Schutzstufen: https://bildung.ukrlp.de/fileadmin/ukrlp/daten/pdf/Informationsblaetter/Sonnenschutz_in_Kitas.pdf. Bei einem sehr hohen Wert gilt ein Aufenthaltsverbot in der Mittagssonne: Zwischen 11:00 und 15:00 Uhr müssen sich Kinder dann zwingend drinnen aufhalten. Handlungsbedarf besteht also.

Rheinland-pfälzische Kindertagesstätten müssen aufgrund der baulichen Anforderungen, die mit dem KiTa-Zukunftsgesetzes (KiTaG) verbunden sind, zusätzliche Vorgaben erfüllen. Das Gesetz trat am 1. Juli 2021 in Kraft und gewährt eine Übergangsfrist bis 2028. Die Kindertagesstätte „Bergwichtel“ muss deshalb erweitert werden. Auch energetische Fragestellungen sind hierbei zu berücksichtigen. Bislang ist hier noch nichts erfolgt.

Die **CDU-Fraktion** verwies erneut auf den Handlungsdruck, der hier schon bestehe und deshalb **keine Parallelprozesse** initiiert werden sollten. Wichtig sei es, dass endlich die Planung der Erweiterung und Sanierung der KiTa angegangen werden. In diesem Zusammenhang sind auch bereits weitere Maßnahmen zum Hitzeschutz angedacht. Von Seiten der Vertreterin der Grünen kam der Vorschlag, nur für den bestehenden Altbau im Vorfeld der Sanierung Hitzeschutzmaßnahmen zu prüfen. Das wurde von allen Fraktionen befürwortet.

Auf Nachfrage des aktuellen Standes zur geplanten Erweiterung der KiTa Bergwichtel berichtete Bürgermeisterin Iris Fleisch, dass es Schwierigkeiten bei der Ermittlung eines Planungsbüros für die diesbezüglich rechtssichere Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung gab. Hier sei man inzwischen aber einen Schritt weitergekommen. Ein detaillierterer Stand wird in der Niederschrift beigefügt und beschrieben.



Sanierung Mehrfamilienwohnhaus Waldstraße 1e

Bei dem gemeindeeigenen Mehrfamilienhaus fallen Sanierungsarbeiten im Dachbereich an. Hierzu waren bereits Beschlüsse durch den Gemeinderat erfolgt. Der Rat wurde nun über Auftragsvergaben in den Bereichen Schlosser- und Lüftungsarbeiten informiert.



8. Änderung des Bebauungsplans Gewerbegebiet "Mühläcker" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB – Aufstellungsbeschluss

Ein am nördlichen Rand des Gewerbegebiets gelegener Betrieb hat zur Erweiterung seines Betriebs weitere Flurstücke erworben. Zur Vereinfachung sollen die drei betroffenen Flurstücke miteinander verschmolzen werden. Weitere Prüfungen (z. B. Umweltprüfung) müssen nicht erfolgen, der Investor trägt alle Kosten zur Verwirklichung des Baurechts.



Beschaffung eines gebrauchten Fahrzeuges für den Bauhof Berg - Grundsatzbeschluss und Ermächtigung Ortsbürgermeisterin für Auftragsvergabe

Der Berger Bauhof hat drei Mitarbeiter, die auf zwei Fahrzeuge zurückgreifen können: Einen kleinen Traktor und einen Unimog (**U**niversal **M**otor **G**erät).

Für Besorgungsfahrten sind die vorhandenen Fahrzeuge eher ungeeignet. Es wurde deshalb vorgeschlagen, „*Ortsbürgermeisterin Sabine Gerhart im Benehmen mit dem Beigeordneten zu ermächtigen, Auftrag nach Angebotseinholung an den wirtschaftlichsten Bieter vergeben zu können.*“



Grundsätzlich befürwortet die **CDU-Fraktion** die Beschaffung eines geeigneten(!) Fahrzeugs, auch um den Verschleiß und die Betriebskosten der heutigen Fahrzeuge zu senken. Allerdings monierte die **CDU-Fraktion** die Vorgehensweise, da keinerlei konkrete Leistungsbeschreibung erfolgt ist oder vorliegt.

Es ist völlig unklar, welche konkreten Bedarfe seitens des Bauhofs bestehen und welche Anforderungen von diesem an das zukünftige Fahrzeug gestellt werden. Dies wurde auch in den Erläuterungen durch die Ortsbürgermeisterin und den Beigeordneten nicht ausreichend dargestellt. Zudem sollte nicht nur der Kauf, sondern auch das Leasing eines Fahrzeugs in Betracht gezogen werden.

Seitens der Verwaltung gab es ebenfalls Bedenken, da auch der Rechnungshof solche Bedarfsermittlungen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen einfordert. Die Verwaltung gab den Hinweis, dass zu solchen Beschaffungen die Wirtschaftlichkeit sowie genaue Betriebs- und Unterhaltungskosten berücksichtigt und zukünftig noch detaillierter dargelegt werden müssen. Zudem wurden bestehende Rahmenverträge des Landes Rheinland-Pfalz mit verschiedenen Fahrzeugherstellern zum Leasing bestätigt. Aus diesen Gründen wurde der Antrag zurückgestellt, bis die konkreten Bedarfe formuliert sind..

Die Vertreterin der Grünen wies darauf hin, dass in der Stadt Karlsruhe die städtischen Eigenbetriebe wie der Bauhof zunehmend auf **E-Lastenräder** im kommunalen Einsatz setzen.

Bekanntgabe von Auftragsvergaben nach Ermächtigung – Planungsleistungen für die Gemeinschaftshalle Berg

Bereits im Juni ermächtigte der Gemeinderat die Ortspitze, „die Auftragsvergaben für alle erforderlichen Planungsaufträge für die Dachsanierung der Gemeinschaftshalle in Berg vorzunehmen.“ Für die Erstellung der notwendigen Unterlagen und Förderantragsstellung für die energetische Sanierung muss ein Energieberater beauftragt werden.

Für die statische Überprüfung der Dachkonstruktion ist ein Tragwerksplaner erforderlich. Zur Ausführung der Arbeiten ist ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (SiGeKo) erforderlich.

Jetzt wurde der Rat über die diesbezüglichen Auftragsvergaben informiert.



Bekanntgabe von Auftragsvergaben nach Ermächtigung - Reinigungsleistungen in den Gebäuden der Ortsgemeinde Berg, hier Schülerhort

Ebenfalls im Juni wurde die Ortspitze ermächtigt, den Auftrag für die Reinigungsleistungen in den Gebäuden der Ortsgemeinde Berg an die wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Gerade vor dem Hintergrund der Toilettensituation der Grundschule ein wichtiger Punkt.

Die Gemeinde ist für den Schülerhort Berg verantwortlich und damit auch anteilig an den Reinigungskosten beteiligt.



Informationen über aktuelle Angelegenheiten

Glasfaserausbau

Am 28.04.2026 waren etwa 82% der Berger Haushalte, die das in Auftrag gegeben hatten, an das Glasfasernetz angeschlossen worden. 47 Nachanschlüsse wurde laut Beigeordnetem Thomas Worst vollzogen.

Die **CDU-Fraktion** wies hierbei auf die Situation in der Obertalstraße hin, dort gibt es drei Häuser, die noch nicht angeschlossen werden konnten. Thomas Worst informierte, dass es im Eingangsbereich der Straße in der Einbiegung wohl zu einer Engstelle gekommen ist. Die Leitungen von drei Haushalten konnten wohl noch "eingeblassen" werden.

Das Problem sei bekannt, müsse nun von der beauftragten Firma behoben werden. Hierzu müsse ggf. die Straße noch einmal für Erdarbeiten geöffnet werden, wozu evtl. Genehmigungen nötig sind. Der Kontakt zu dieser Firma gestalte sich schwierig. Beigeordneter Thomas Worst sagte zu, noch einmal nachzufassen.



Straßenbau Reisigstraße

Ortsbürgermeisterin Sabine Gerhart teilte mit, dass die Straßenbauarbeiten in der Reisigstraße wohl gegen November abgeschlossen sein werden. Eine feierliche Eröffnung sei geplant. Noch sei nicht festgelegt, was für Bäume an den vorgesehenen Stellen eingepflanzt werden. Die Bäume werden für alle vorgesehenen Stellen (auch in der Kettelerstraße) nach dem Abschluss der Arbeiten in der Reisigstraße bestellt.

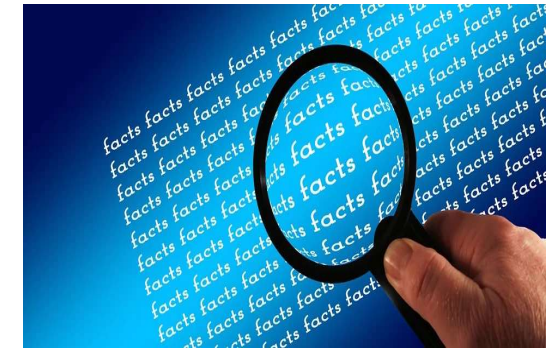
Es folgte eine erneute Diskussion zur Sinnhaftigkeit und den beengten Verhältnissen bei den Bäumen und Parkbuchten am Beispiel Kettelerstraße mit Busverkehrs-Engpass.

Nachgehakt

Brücke Ziegeläcker (unterhalb der Hohl):

Die **CDU-Fraktion** wies erneut darauf hin, dass sich die Betonbrücke unterhalb der Hohl in Richtung Baggersee in keinem guten Zustand befindet.

Zur Vermeidung von Schäden durch Wurzelsprengung bzw. aufgrund des anstehenden Winters auch Frostsprengung, wurde erneut angeregt, den Bewuchs auf der Brücke durch den Bauhof zu entfernen und die Löcher zu verschließen. Dadurch soll das Eindringen von Wasser verhindert und die Bausubstanz erhalten werden. Auch die Straße Richtung Baggersee droht durch den Bewuchs des Banketts weiter beschädigt zu werden.



Der Beigeordnete Thomas Worst kündigte an, dass nach Abschluss der Erneuerung der Reisigstraße die damit beauftragte Firma ebenfalls in der Hohl Straßenschäden beheben wird. Für die Brücke greife der kommunale Brückenplan und das dort verortete Sanierungskonzept. Es müsse geprüft werden, wie die besagte Brücke dort eingestuft ist.

Baugebiet Kröningsbusch:

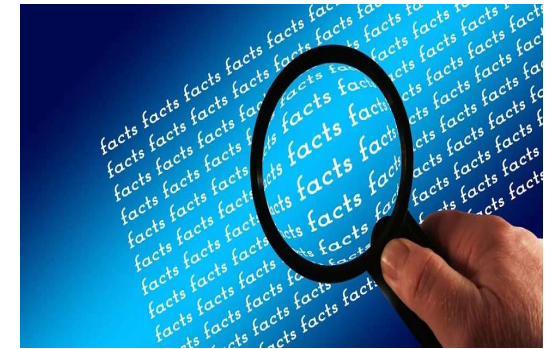
Die **CDU-Fraktion** forderte in der nächsten Gemeinderatssitzung umfassend zum aktuellen Stand des geplanten Neubaugebiets im Kröningsbusch unterrichtet zu werden.

Bürgermeisterin Iris Fleisch sagte dies unmittelbar zu.

Sonstiges

Katastrophenschutz:

Bürgermeisterin Iris Fleisch informierte, dass in Berg der zentrale Evakuierungsplatz der Verbandsgemeinde angesiedelt wird, und zwar bei der Berger Gemeinschaftshalle. Gleichzeitig ist es die Evakuierungsstelle für Bergerinnen und Berger im Katastrophenfall – z. B. im Falle von Waldbränden, die das Dorf gefährden.



Ausgewählt wurde der Platz u. a. wegen seiner Lage im Hochgestade. Im Falle von Überschwemmungen wäre er hoch genug gelegen, um Menschen aus den benachbarten Gemeinden dort in Sicherheit zu bringen.

Ausschlaggebend waren aber auch die umliegenden Vereinsheime, die mit deren Einrichtungen bei einer Versorgung im Katastrophenfall mitgenutzt werden können.

Ein Depot des Katastrophenschutzes inklusive Notstromaggregats wird in der Verbandsgemeinde ebenfalls angesiedelt, damit im Bedarfsfall schnell eine Wärme- bzw. Kälteinsel in Berg am zentralen Evakuierungsplatz aufgebaut werden kann.

Informationsveranstaltung der Grünen zum Thema „Grundwasser“ am 20.10.26

Am 20. Oktober 2026 laden die Grünen in der Gemeinschaftshalle zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Grundwasser. Beginn ist um 19:00 Uhr.